

An die  
Dortmunder Medien

**01.06.06**

**SPD und Grüne legen Prüfkatalog zum Vergabewesen vor –  
Vergabevorschriften sollen in Dortmund mittelstandsfreundlich  
angewendet werden**

„Wir wollen in Dortmund alle möglichen Spielräume nutzen, damit heimische Handwerker mehr am Auftragsvolumen der Stadt Dortmund teilhaben können.

Unter Wahrung aller Vergabevorschriften wollen wir das Vergabeverfahren der Stadt Dortmund auf Wirtschaftlichkeit und Mittelstandsfreundlichkeit untersuchen lassen.“, so **SPD-Ratsmitglied Olaf Radtke, Vergabeexperte der SPD-Fraktion.**

SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen legen in der Ratssitzung am 08.06.06 einen gemeinsamen Prüfkatalog an die Verwaltung vor.

Danach soll die Verwaltung in Teilbereichen ihr Vergabeverfahren auf Wirtschaftlichkeit und Mittelstandsfreundlichkeit überprüfen.

U.A. soll überprüft, ob durch eine Anpassung der Wertgrenzen mehr freihändige bzw. beschränkte Vergaben möglich gemacht werden können und wie das Vergabeverfahren vereinfacht werden.

Dem Rat der Stadt soll ein entsprechender Abschlussbericht vorgelegt werden.

„Wir haben in diesen Prüfkatalog die Anregungen der Kreishandwerkerschaft mit aufgenommen und sind sehr gespannt welche Prüfergebnisse die Verwaltung uns dann vorlegt.“, so **Olaf Radtke und Marion Krüger, Sprecher der Grünen-Fraktion,** weiter.

Wesentliches Ziel des politischen Vorstosses von SPD und Grüne ist es, den Handwerkern vor Ort und in der Region noch mehr als bisher die Teilhabe an den Aufträgen der Stadt Dortmund zu ermöglichen.

Bisher gehen gerade mal die Hälfte der Aufträge der Stadt ins heimische Handwerk.

Dazu **Mario Krüger** :

„Durch unser umfassendes Energiesanierungsprogramm haben wir bereits in den letzten Monaten dazu beigetragen, dass einige Millionen Euro in die Wirtschaft investiert wurden. Wünschenswert wäre es, wenn Handwerksbetriebe vor Ort von diesen Aufträgen profitieren könnten.“

Und **Olaf Radtke und Mario Krüger** weiter :

„Wir wollen die Bereitschaft örtlicher Unternehmer sich an öffentlichen Ausschreibungen der Stadt zu beteiligen erhöhen, indem wir interne überflüssige Dienstvorschriften entmisten und den Handwerksbetrieben zusammen mit den Kammern mehr Hilfestellungen anbieten, formgültige Angebote überhaupt abzugeben.“

Häufig können kostengünstige Angebote nicht gewertet werden, weil verschiedene Angebotsunterlagen und Erklärungen nicht rechtzeitig von den Handwerkern vorgelegt wurden.

Hiergegen könnte ein Prä-Qualifizierungsverfahren dienen, damit nicht bei jeder einzelnen Ausschreibung, sondern generell die vergaberechtliche Eignung festgestellt werden kann. Die beiden Fraktionen sind sich sicher, dass damit der Aufwand für die Firmen verschiedene öffentliche Bescheinigungen durch die Firmen vorzulegen verringert werden.

Ebenso könnte mit einer zentralen Unternehmensdatenbank interessierende Firmen von städtischen Ausschreibungen per Email benachrichtigt werden, ohne dass Handwerker jeden Tag in verschiedenen und teuren Ausschreibungsblätter nach Aufträgen aufwendig suchen müssen.

Zusätzlich soll die Verwaltung prüfen, ob durch eine Änderung der Sicherheitserfordernisse z.B. bei Vertrags- und Gewährleistungsbürgschaften bzw. durch vermehrte Teilabnahmen von Baugewerken der Zahlungsverkehr beschleunigt und damit die Liquidität der Firmen unter der Berücksichtigung der städtischen Gewährleistungsinteressen gestärkt werden könnte.

Mit einem elektronischen Beschaffungssystem kann die Stadt mit ihren städtischen Töchtern auch einen höheren Bedarf darstellen und durch eine höhere Nachfrage Kosten sparen. Durch die Errichtung einer zentralen Vergabestelle wird auch die Fachkompetenz der Verwaltung im Ausschreibungswesen verstärkt und damit auch Personalkosten reduzieren werden. „Andere Städte haben diesen Weg auch aus Gründen der Korruptionsabwehr bereits erfolgreich beschritten,“ so **Olaf Radtke und Mario Krüger** abschließend.